

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XVII
A. Vorwort	1
B. Hintergründe des Elternunterhaltes	3
C. Das Angehörigen-Entlastungsgesetz	9
I. Vorrang des Sozialrechts	9
II. Sozialhilfeantrag	11
1. Wahrheitspflicht	12
2. Sozialhilfeantrag durch Angehörige	12
3. Sozialhilfeantrag durch Sozialstationen und Pflegeheime	13
III. Die Berechnung der Jahreseinkommensgrenze	13
1. Einkünfte i.S.v. § 94 Abs. 1a SGB XII	13
2. Abzüge vom Einkommen i.S.v. § 94 Abs. 1a SGB XII ..	14
IV. Die Unterschreitensvermutung	15
1. Die Folgen „hinreichender Anhaltspunkte“ für die Annahme der Überschreitung der Einkommensgrenze	18
2. Rechtswidrigkeit eines Auskunftsverlangens über „Einkommen und Vermögen“	20
3. Die Folge des Vorliegens „hinreichender Anhaltspunkte“	21
V. Der Kreis der nach § 117 SGB XII Auskunftspflichtigen	23
1. Wann ist Auskunft zu erteilen?	23
2. Der zivilrechtliche Auskunftsanspruch nach § 1605 BGB	24
3. Auskunftspflicht des Gutverdieners über Einkommen .	24
4. Auskunftspflicht des Gutverdieners über Vermögen .	25
5. Auskunftspflicht der Ehegatten/Lebenspartner	26
6. Auskunftspflicht der Geschwister des Gutverdieners	28

VI. Geltendmachung ‚laufenden Unterhalts‘	29
1. Das Ende des ‚laufenden Unterhalts‘	29
2. Vermeidung der Verwirkungsfalle	30
VII. Die Höhe der Unterhaltsverpflichtung nach dem Angehörigen-Entlastungsgesetz	31
1. Der Selbstbehalt	32
2. Die Bedeutung des Vermögens für die Leistungsfähigkeit	32
VIII. Die Erschwerung von Schenkungsrevokationen	33
D. Elternunterhalt in der Praxis	35
I. Bedarf des Unterhaltsberechtigten	35
1. Notwendigkeit der Unterbringung	38
2. Pflegegrade und Pflegebedürftigkeit	39
3. Gutachten zur Eingruppierung	39
4. Angemessenheit der Unterbringung	40
5. Investitionskosten	44
6. Bedarfsdeckung durch Naturalleistungen	45
7. Barbedarf gem. § 27b Abs. 2 S. 1 SGB XII (Taschengeld des Bedürftigen)	47
8. Ausbildungskosten / Ausbildungsumlage als Bedarf	49
9. Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte der bedürftigen Person	49
a) Nutz-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Einkommen der Eltern	49
b) Pflegeversprechen und Pflegeverpflichtung	55
c) Nutzungs-, Nießbrauchs- und Wohnrechte als Vermögen der Eltern	57
II. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	61
1. Vorrangigkeit des Eigenmitteleinsatzes	62
2. Grundsicherung	63
3. Pflegegeld	64
4. Pflegegeld	65
5. Einkommensverbesserung durch Abänderung des Versorgungsausgleichs Geschiedener	67
6. Vorrangigkeit der Vermögensverwertung des Unterhaltsberechtigten	69
a) Grundsatz: Vorrangigkeit der Vermögensverwertung	69
(1) Verwertung der selbst bewohnten Immobilie des Bedürftigen	70
(2) Schenkungsrückforderungen	72

(a) Mangelnde Herausgabepflicht bei Ausstattung	75
(b) Mangelnde Herausgabepflicht bei Pflicht- und Anstandsschenkungen, § 534 BGB	76
(c) Mangelnde Herausgabepflicht bei Schenkung einer Sachgesamtheit (Immobilie)	77
(d) Aufgabe des Wohnrechts als Schenkung ..	78
(e) Rückforderung des Geschenks	79
(3) Sterbegeld, Rücklagen für Beerdigungskosten .	80
(4) Unzumutbarer Vermögenseinsatz	82
b) Beschränkungen der Vermögensverwertungspflicht	83
7. Vorrangigkeit des unterhaltspflichtigen Gatten des Unterhaltsberechtigten	84
III. Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes	86
1. Einkommen aus abhängiger Beschäftigung	87
a) Überstunden	88
b) Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Boni und Tantieme, Gratifikationen, Treueprämien, Provisionen, Leistungsprämien, Gewinnbeteiligungen, Familienzuschläge	90
c) Teilzeitarbeit	92
d) Altersteilzeit	93
e) Spesen und Auslösungen	93
f) Sachbezüge, Firmenwagen	95
g) Sonstige Sachbezüge	98
2. Einkommen aus selbständiger und gewerblicher Tätigkeit	98
3. Sonstiges Einkommen	101
4. Mieteinkünfte	102
5. Wohnvorteil	105
a) Rechtsgrundlage des Wohnvorteils	105
b) Höhe des Wohnvorteils	106
(1) Angemessenheit des Wohnvorteils	107
(2) Erhöhung des Wohnvorteils durch im Haus lebende unterhaltsbedürftige Kinder	109
(3) Verminderung der Wohnvorteils	109
(4) Billigkeitskontrolle und Obergrenze des Wohnvorteils	110
c) Einkommenszurechnung des Wohnvorteils	111
6. Kapitaleinkünfte	113

7. Schenkungen / Zuwendungen	115
8. Steuererstattungen	115
9. Kindergeld	120
10. Sonstige Sozialleistungen	121
11. Pflegegeld als Einkommen der Pflegeperson	121
12. Taschengeldeinkünfte	121
13. Forderungen, Darlehensforderungen	121
14. Einkommen aus überobligatorischer Tätigkeit (BGH v. 13.4.2005 – XII ZR 273/02)	123
IV. Abzüge vom anrechenbaren Einkommen	125
1. Altersversorgung	126
a) Keine fiktive Zurechnung von Altersvorsorgeaufwendungen?	127
b) Gesetzliche Altersversorgung	127
c) Private Altersvorsorge	128
d) Altersvorsorge jenseits der Beitragsbemessungsgrenze	128
e) Altersversorgung für Nichterwerbseinkünfte	129
f) Altersvorsorge des Schwiegerkindes	129
g) Was ist ‚angemessenes‘ Alterseinkommen?	130
h) Von der Beitragsangemessenheit zur Ergebnisangemessenheit	131
(1) Sozialhilfeniveau als unterste Auffangebene	131
(2) Angemessenheitsmaßstab des § 851c Abs. 2 ZPO	132
(3) Leitlinienseלבstbehalt als Angemessenheitsgrenze	133
(4) Störfaktoren für ein angemessenes Alterseinkommen	135
(5) Definition der Höhe einer ‚angemessenen‘ Altersversorgung	136
(6) Private Altersvorsorge zur Abdeckung einer Versorgungslücke im Alter	137
(7) Höhe des Altersvorsorgekapitals in der gRV	138
(8) Höhe der Altersversorgungsrücklagen nach finanzmathematischen Grundsätzen	139
i) Pauschalierte Berechnung der Altersvorsorgerückstellungen nach BGH	140
j) Altersvorsorge für den Gatten	142
k) Individuelle Berechnung des Altersvorsorgeschonvermögens ohne Obergrenze	143

l)	Beginn des Aufbaus einer Altersvorsorgerückstellung	143
	(1) Auflösung von Altersvorsorgerückstellungen . .	143
	(2) Ende von Altersvorsorgerückstellungen	144
m)	Altersvorsorge des Schwiegerkindes	145
n)	Anlagefreiheit der Altersvorsorgerückstellungen . .	146
o)	Kritik an der Verwaltungs- und Rechtspraxis zur Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgeschonvermögens	148
p)	Zusammenfassung Altersvorsorge	148
2.	Krankenversicherung/Pflegeversicherung	150
a)	Krankenversicherungskosten in der gesetzlichen Krankenversicherung	150
b)	Krankenversicherungskosten in der privaten Versicherung	150
c)	Pflegezusatzversicherung	152
d)	Zuzahlungen, Praxisgebühr, Eigenanteile	153
3.	Steuern und Steuerrücklagen, Steuerklassenwahl . . .	154
4.	Unterhalt	155
a)	Vorrangige Unterhaltsansprüche Erwachsener . .	157
b)	Familienunterhalt	157
	(1) Grundlagen	157
	(2) Kindesunterhalt im Familienunterhalt	159
c)	Prägender Elternunterhalt und Gattenunterhalt . .	163
d)	Vertragliche Unterhaltsansprüche und Unterstützungsleistungen	165
	(1) Vertraglicher Unterhalt als Schenkung	167
	(2) Vertraglicher Unterhalt als ‚Ausstattung‘ . . .	168
	(3) Vertraglicher Unterhalt als Schuldversprechen .	168
	(4) Sonstige tatsächliche Leistungen für Dritte .	169
e)	Probleme und Chancen des vorrangigen Unterhaltes	172
5.	Berufsbedingte Aufwendungen	173
a)	Fahrzeugkosten	173
b)	Zweitwohnung	175
c)	Sonstige Positionen	176
6.	Kreditbelastungen (Zins- und Tilgungsleistungen) . . .	176
a)	Zeitpunkt der Eingehung der Verbindlichkeit . .	177
b)	Elternunterhalt und Verbraucherinsolvenz	179
c)	Kredite zur Finanzierung von Luxusaufwendungen	180
d)	Immobilienkredite und Aufwendungen für den Unterhalt und Erhalt einer Immobilie . .	180

	e) Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung von Ansparungen	183
	7. Aufwendungen zur Vermögensbildung des Unterhaltspflichtigen	184
	8. Kosten des Besuchs beim Unterhaltsberechtigten . . .	185
	9. Kosten des Wohnens	187
	a) Wohnen zur Miete	187
	b) Wohnen in eigener Immobilie	188
	10. Aufwendungen für den Unterhaltsberechtigten	188
	11. Freigiebige Leistungen der unterhaltspflichtigen Person	189
V.	Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes . .	190
	1. Gleichzeitigkeit von Bedarf und Leistungsfähigkeit . .	190
	2. Die Lebensstandardgarantie	190
	3. Selbstbehalt	192
	4. Leitlinienselbstbehalte	196
	a) Kritik an Höhe der Selbstbehalte	197
	b) Notwendige Erhöhung des Selbstbehalts	197
	(1) Kosten des Wohnens	197
	(2) Leitliniengerechte Erhöhung des Selbstbehalts (Wohnkosten)	198
	5. Zurechnung fiktiven Einkommens	200
	a) Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des Elternunterhaltes?	200
	b) Erwerbsobliegenheit zu Gunsten des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs?	202
	6. Berechnung der Leistungsfähigkeit des unterhaltspflichtigen Kindes	203
	a) Lebensstandardgarantie	203
	b) Alleinstehendes oder getrennt lebendes unterhaltspflichtiges Kind	204
	c) Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, mit Gatten zusammenlebend	204
	(1) Berechnungsmethode nach BGH v. 28.7.2010, 5.2.2014 und 23.10.2024	204
	(2) Unterhaltsberechnung bei Lebensgemeinschaft	206
	7. Angemessenheitsprüfung	208
VI.	Vermögensverwertung, Schonvermögen	210
	1. Kreditierte Leistungsfähigkeit	212
	2. Altersvorsorgevermögen	213
	a) Pauschale Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	213

b)	Begrenzung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	216
c)	Individuelle Bestimmung der Höhe des Altersvorsorgevermögens	217
d)	Versorgungsbilanz	218
e)	Verrentungsberechnung	219
f)	Bestimmung der Versorgungslücke	221
3.	Notbedarfsvermögen	222
4.	Vermögensreservationen	223
5.	Auswirkungen von Trennung und Scheidung auf die Vermögensverwertung	224
6.	Immobilienvermögen	226
a)	Selbstgenutztes Immobilienvermögen	226
b)	Sonstiges Immobilienvorsorgevermögen	228
c)	Gemeinsames Immobilienvermögen	229
d)	Luxusvermögen, Ferien- und Auslandswohnungen	230
e)	Einsatz des Vermögens zur Unterhaltsgewährung	231
f)	Kein Einsatz des Vermögens des Schwiegerkindes	233
VII.	Einkommens- und Vermögensveränderungen nach Feststellung der Unterhaltspflicht	233
1.	Einkommensverbesserungen	233
2.	Einkommensverschlechterungen	235
3.	Vermögensverbesserung oder Vermögensverschlechterung	236
VIII.	Haftungsquote – horizontale Haftungsbeschränkung ..	237
1.	Schlüssigkeit der Forderungsbegründung	237
2.	Datenschutz	238
3.	Auskunftsansprüche unter Geschwistern	240
4.	Weitere Ansprüche zwischen Geschwistern	240
5.	Berechnung der Haftungsquote	243
6.	Berechnung der Haftungsquote bei verzehrendem Vermögenseinsatz	244
7.	Fiktive Haftungsquoten aufgrund fiktiver Einkünfte ..	247
8.	Konkurrierende Elternunterhaltsansprüche	248
a)	Unterhaltspflicht beider Ehegatten	248
b)	Unterhaltspflicht beiden Eltern gegenüber (sukzessiv)	249
IX.	Rückforderung von Unterhaltsüberzahlungen	249
1.	Anspruchsgrundlage: Bereicherungsrecht	250
2.	Deliktische Rückforderungsrechte	252

X.	Weitere Belastungen der Kinder	252
1.	Betreuerkosten	252
a)	Einrichtung einer Betreuung	252
b)	Kostentragungspflicht	254
c)	Höhe der Betreuervergütung	254
2.	Beerdigungskosten	256
XI.	Steuerliche Behandlung des Elternunterhalts	260
XII.	Vereinbarungen zum Elternunterhalt	261
1.	Verzichtsvereinbarungen und faktischer Unterhaltsverzicht	261
2.	Vereinbarungen zwischen den Geschwistern	264
E.	Verteidigungsstrategien gegen Elternunterhalt	265
I.	Verwirkung durch Zeitablauf	266
II.	Verwirkung gem. § 1611 BGB	270
1.	Verwirkungsgrund ‚sittliches Verschulden‘	270
a)	Mangelnden Altersvorsorge	270
b)	Sucht- und Drogenprobleme	273
c)	Kontakt- und Beziehungslosigkeit – Vernachlässigung	275
d)	Straftaten, Straftaft	277
e)	Nichterfüllung der persönlichen Sorgeverpflichtung	277
2.	Sonstige Verwirkungsgründe	278
3.	Verwirkung durch den Sozialhilfeträger	281
4.	Reformbedarf bei § 1611 BGB	283
5.	Rechtsfolgen der Verwirkung	284
6.	Verzeihung	284
7.	Geltendmachung der Verwirkung	286
8.	Antrag auf Feststellung der Verwirkung	286
III.	Flucht in die Adoption	288
F.	Auskunftspflichten	291
I.	Auskunftspflichten nach § 1605 BGB und § 117 SGB XII	291
1.	Auskunftspflicht nach dem Angehörigen- Entlastungsgesetz	292
2.	Ausnahmen von der Auskunftspflicht	292
3.	Auskunftspflicht der Schwiegerkinder	295
4.	Auskunftspflicht von Geschwistern	298
5.	Unterhaltsrechtliche Sackgasse	299
II.	Inhalt des Auskunftsanspruchs	299
1.	Auskunftspflicht, Inhalt und Reichweite	300

a)	Auskunft über persönliche Verhältnisse	300
b)	Auskunft über Forderungen und Familienunterhaltsanspruch	301
c)	Auskunft über Einkünfte	303
2.	Form der Auskunft	304
3.	Belegpflicht	305
III.	Informationspflichten	306
IV.	Folgen einer falschen oder unvollständigen Auskunft ..	308
V.	Wiederholung des Auskunftsbegehens	309
G.	Verfahrensfragen	311
I.	Der allgemeine Ablauf	311
1.	Die Heimunterbringung	311
2.	Die gerichtliche Auseinandersetzung	311
II.	Vollstreckung aus behördlichen Unterhaltsforderungen	312
H.	Vorsorgende Beratung der Anwaltschaft	315
I.	Vorbemerkung	315
II.	Statistisches Datenmaterial	316
III.	Rettung des Vermögens des Unterhaltsberechtigten ..	317
1.	Vorzeitige unentgeltliche Vermögensübertragung . . .	317
2.	Das Revokationsrecht des verarmten Schenkers	319
a)	Revokationsfrist, Rückforderungsfrist	319
b)	Einrede der selbst herbeigeführten Bedürftigkeit ..	320
c)	Notbedarfseinrede des Beschenkten, § 529 Abs. 2 BGB	321
d)	Übergang der Revokationsforderung auf den Sozialhilfeträger	323
3.	Abschluss einer Pflegezusatzversicherung durch Einmalzahlung	324
4.	Belohnende/ entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an den Gatten	325
5.	Belohnende oder entgeltende Übertragung des Vermögens unter Heranziehungsausschluss an Kinder	325
6.	Rettung der elterlichen Immobilie	326
7.	Die Ausstattung	327
8.	Vermögensübertragung auf Enkelkinder	328
IV.	Schonung von Einkommen und Vermögen des unterhaltspflichtigen Kindes	329
1.	Einkommensverminderung des unterhaltspflichtigen Kindes – konsumieren statt kumulieren	329

2. Steuerklassenwahl	330
3. Einkommensverminderung des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	331
4. Unterhaltsvermeidung durch Einkommensverlagerung	332
5. Unterhaltsvermeidung durch Vermögensverminderung	334
6. Schaffung gemeinsamen Eigentums der Ehegatten . .	335
7. Unterhaltsschädlicher Güterstandswechsel	336
8. Bedeutungslosigkeit des Vermögens des Gatten des unterhaltspflichtigen Kindes	338
I. Fälle mit Auslandsbezug	339
I. Grundlagen	339
II. Im Einzelnen	339
1. Unterhaltsberechtigter in Deutschland, Unterhaltspflichtiger im Ausland	339
2. Unterhaltsberechtigter im Ausland, Unterhaltspflichtiger in Deutschland	340
3. Der ‚gewöhnliche Aufenthalt‘	341
4. Wo ist zu klagen – örtliche Zuständigkeit	341
J. Anhang	343
I. Periodensterbetafeln	343
II. Barwerttabelle zur Berechnung lebenslanger Nutzungsrechte	345
III. Barwerttabelle für befristete Nutzung	347
1. Tabelle BewG, Anlage 9a (zu § 13)	347
2. Barwertfaktoren unterschiedlicher Rechnungszins	348
IV. Verrentungstabelle	349
V. Haushaltsausgaben	351
VI. Aufzinsungsfaktoren zur Berechnung des Altersvorsorgevermögens	352
VII. Heimunterbringung in Einzel- und Mehrbettzimmern	353
VIII. Pflegeheimkosten nach Bundesländern (Durchschnitt)	353
IX. Durchschnittliche Wohnfläche pro Person	355
Stichwortverzeichnis	357